

Resolution

des Hauptvorstandes der Gewerkschaft Nahrung - Genuss - Gaststätten

Lebensgrundlagen erhalten - Fracking verbieten

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Nahrung - Genuss - Gaststätten fasst folgende Resolution zum Thema Fracking:

Wozu Fracking?

Bei der Fracking-Technologie handelt es sich um eine hochriskante Fördermethode von Erdgas, das in bestimmten Gesteinsformationen gebunden ist. Deren schädigende Auswirkung auf die Umwelt, insbesondere im Hinblick auf die Verunreinigung von Grund- und Trinkwasser mit möglicherweise giftigen und krebserregenden Substanzen kann nach allen vorhandenen Informationen nicht ausgeschlossen werden.

Zum Sachverhalt:

Zur kurzfristigen Freilegung und Förderung von in tiefen Gesteinsschichten eingeschlossenen Erdgasvorkommen werden Tonnen von teilweise toxischen Chemikalien, Sand sowie Millionen Liter an Wasser in unterirdisches Gestein verpresst, um das Erdgas herauszulösen. Dabei bleibt für die Öffentlichkeit die Rezeptur dieses Chemiecocktails bis heute weitgehend unbekannt, weil die Förderkonzerne sich auf ihr „Betriebsgeheimnis“ berufen. Ein Teil der bekannten Substanzen wird von den Herstellern als giftig und Gewässer schädigend eingestuft oder gilt als Stoff, der nicht ins Trinkwasser gelangen sollte.

Unsere Betroffenheit:

Der Zugang zu sauberem Wasser ist ein Menschenrecht. Deshalb lehnen wir alle Aktivitäten ab, durch die eine Gefährdung dieses Grundrechts entstehen könnte. Die Gewerkschaft Nahrung - Genuss - Gaststätten vertritt die Interessen der Beschäftigten in der Ernährungswirtschaft, dem Hotel- und Gaststättengewerbe und dem Nahrungsmittelhandwerk. Deshalb sind wir in besonderer Art von einer Gefährdung der Lebens- und Produktionsgrundlage Wasser betroffen. Die Betriebe der Nahrungsmittelindustrie, insbesondere der Getränkeindustrie, sind auf eine hervorragende Qualität des Brunnenwassers angewiesen. Sauberes Wasser ist eine der Grundlagen für eine saubere Lebensmittelproduktion!

20. Hauptvorstandssitzung am 11./12. Juni 2013 in Oberjosbach

Nicht nur die Chemikalien, sondern auch durch Fracking unkontrolliert freigesetztes Methan, können die lebensnotwendige Ressource Wasser bedrohen.

Folgen von Fracking:

Dass es für die Millionen Liter kontaminierter Abwässer aus den Bohrlöchern bislang keine Klärmöglichkeit gibt, sehen wir mit ebenso großer Sorge. Dieser sogenannte Backflow ist nicht nur mit den eingesetzten Chemikalien belastet, sondern zusätzlich noch mit Giften, die aus dem Erdreich an die Oberfläche befördert werden. Wie bei der Produktion von Plutoniummüll in Atomkraftwerken ist auch beim Fracking die Frage der Entsorgung des giftigen Chemiecocktails völlig ungeklärt. Auch hier gilt es, große Mengen kontaminierter Materials möglicherweise für Jahrhunderte hermetisch abzuschließen, um zu verhindern dass diese Chemikalien in die Biosphäre gelangen. Eine Freigabe des Frackings unter strengen gesetzlichen Auflagen kann diesen Schutz in einem sehr dicht besiedelten Land nicht gewährleisten.

Auch die aktuellen Überlegungen der Bundesregierung für ein zeitlich befristetes Moratorium lehnen wir ab. Die Ausweisung von größeren Schutzgebieten reicht nicht aus.

Die Fließbewegungen des Wassers finden auf Grundwasserhorizonten statt und sind nicht beschränkt auf regionale Schutzgebiete. Sie folgen geologischen Ausgangsbedingungen. Der unterirdische Wasserkreislauf richtet sich nicht nach politisch vorgegebenen Schutzzonen.

Auch die aktuell angekündigte Regulierung auf EU-Ebene legt die Vermutung nahe, dass es hier um den kurzfristigen Profit weniger Akteure der Großchemie, Rohstoffproduzenten und Energieversorger geht, ohne dass nachweislich nachhaltige Vorteile für die Allgemeinheit ersichtlich sind. Solange die Technologie mit den genannten Gefährdungen behaftet ist, darf sie nicht eingesetzt werden, da sie die Lebensgrundlagen gefährden könnte.

Was wollen wir:

Wir wollen, dass das Grund- und Trinkwasser in Deutschland für heute und für kommende Generationen vorbehaltlos geschützt wird.

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Nahrung -Genuss - Gaststätten lehnt als Vertreter der Interessen der Beschäftigten in der Ernährungswirtschaft den Einsatz von Hydraulic Fracking zur Gewinnung von Erdgas ausdrücklich ab und fordert ein Verbot dieser Technologie in Deutschland.